

# Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht

Der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt hat die politische Kehrtwende des Außenministers Joscha Fischer im Hinblick auf die künftige Grundrichtung und Erweiterung Europas scharf kritisiert.

Fischers Idee von einem Europa in kontinentaler Größenordnung sei der zum Scheitern verurteilte Versuch des Turmbaus zu Babel. Europa dürfe nicht zum unüberschaubaren Riesengebilde verkommen, dessen Selbstzweck die Erweiterung sei. Schmitt, der bei den im Juni anstehenden Europawahlen Spitzenkandidat der Berliner CDU ist, fügte hinzu, dass die Integrationskraft der EU in Erweiterungsfragen das Maß aller Dinge sein muss. Der Vorschlag des Außenministers käme

der Schaffung einer technologischen Freihandelszone gleich. Damit könnten aber die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden. Die EU von heute sei keine reine

wir das Ziel einer Wertegemeinschaft nicht gefährden wollen, darf es keine ungebremste flächenmäßige Ausdehnung geben“, betonte Schmitt. Die EU brauche

Ver such einer Integration Ankaras als Vollmitglied würde die EU zur Zeit zerbrechen.

Im übrigen steht die Position des Außenministers im diametralen Widerspruch zur Haltung der rot-grünen Bundesregierung in der Frage der Finanzierung des EU-Haushalts. Zum einen fordert die Regierungskoalition das Einfrieren der Ausgabenobergrenze der EU. Auf der anderen Seite

setzt sie sich massiv für grenzenlose Erweiterungen ein. Das zeige einmal mehr, dass Rot-Grün auch in den europäischen Zukunftsfragen kein tragfähiges Konzept hat.



Ingo Schmitt (1. Reihe Mitte): „Ziel der Wertegemeinschaft nicht aufgeben.“

Wirtschaftsgemeinschaft mehr, sondern befinde sich unumkehrbar auf dem Weg zu einer politischen Union mit einem gemeinsamen Wertefundament. „Wenn

in ihrem eigenen Interesse eine Phase der Konsolidierung und Vertiefung. Mit Blick auf die Türkei machte der Europaparlamentarier deutlich, dass mit der Auf-

## EU-Türkei-Beitritt? - Berliner Union informiert

Das Forum Integration und Zuwanderung der Berliner CDU befasst sich unter Mitwirkung der Berliner Landesverbände von CDU-Sozialausschüsse, Mittelstandsvereinigung und Kommunalpolitischen Vereinigung nicht nur während

des Europa-Wahlkampfes mit der Perspektive der Türkei für eine Vollmitgliedschaft in der EU. Es gilt, eine breite Diskussionsbasis über die Chancen und Risiken, den möglichen Zeithorizont und die Kriterien für eine Mitgliedschaft der

Türkei und ihre Umsetzung in die Tat als Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verlässlich auszuloten. Als Referenten stehen den Abend zur Verfügung: der türkische Botschaftsrat, Can Ünver,

und der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die Türkei, Ruprecht Polenz. Die Veranstaltung findet statt am Mittwoch, den 24. März 2004, um 18.30 Uhr, im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376.

# Gewinner

# TERROR

Mit unsäglichem Leid vieler Mütter, Väter und Kinder lässt sich eine Regierung in Spanien wegbomben. Die deutsche Regierung veröffentlicht bewusst vor der Wahl Geheimdienstberichte. Der Warnruf vor Beschwichtigung (Appeasement) wird laut. Das Zeichen: Terror kann freie Wahlen beeinflussen. (dr)

# Verlierer



In Deutschland geht ein Gespenst um. Es heißt „Neue Linkspartei“ und SPD-Spaltung. Die SPD reagiert äußerst gereizt - verständlich bei ihren Umfragewerten. Gerhard Schröder ist schon gespalten. Als Nicht-Mehrpartei-Vorsitzender droht im ein Ende wie einst Helmut Schmidt. Von Partei und Glück verlassen. (dr)

## Stadtälteste nach SPD Parteibuch

„Allein ein SPD-Parteibuch darf nicht ausreichen, um die Berliner Stadtältestenwürde zu verleihen,“ so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU Fraktion, Uwe Goetze, im Abgeordnetenhaus. Hintergrund: Die nur drei Jahre in Berlin tätige Justizsenatorin Peschel-Gutzeit und der Spandauer SPD-Parteifunktionär Hauff sollen so demnächst gewürdigt werden - BVG-Jahreskarte und späteres Ehrengrab inklusive.

## Weil Rot-Rot bremst - Kiezpolizei erst ab 2005?

Der Senat hat es nicht geschafft, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine bezirkliche Ordnungspolizei zu schaffen.

Nachdem im vergangenen Jahr endlich die langjährige CDU-Initiative zur Einrichtung bezirklicher Ordnungsämter in Berlin Gesetz wurde, sind inzwischen neun Monate vergangen. Nach den Presseberichten über Grillorgien in unseren Parks und Anlagen hatte die SPD im Juni 2003 ihren

Widerstand aufgegeben und zugestimmt, dass die Ordnungsämter mit entsprechenden Außendienstmitarbeitern ab 1. April 2004 an den Start gehen können - rechtzeitig vor Beginn der nächsten öffentlichen Grillsaison. Daraus wird jetzt aber nichts. Ob die Kiezpolizei noch in diesem Jahr kommt, ist inzwischen mehr als fraglich.

Stattdessen ist die Liste der offenen Fragen noch lang. Welche Befugnisse sollen die Ordnungstreifen haben, wie wer-

den sie ausgebildet und vor allem ausgerüstet? Wer vor Ort für Sicherheit und Ordnung sorgen soll, braucht auch die entsprechenden Mittel - sagt die CDU. Dazu gehören die rechtlichen Voraussetzungen ebenso, wie technische Ausrüstung und Mittel zur Selbstverteidigung und Durchsetzung. Nach Auffassung der CDU sind Uniform, Schlagstock und Handschellen das Mindeste, was man den bezirklichen Ordnungshütern mitgeben muss,

um besonders in Problemkiezen für Ordnung zu sorgen. Und selbst einige SPD-Bürgermeister aus Innenstadtbezirken sehen das so. Nicht aber der rot-rote Senat. Er will die Kiezpolizisten lediglich mit Handy und Pfefferspray auf die Straße schicken. Das geht an der Wirklichkeit in der Großstadt vorbei und ist gegenüber den Ordnungshütern unverantwortlich. In Frankfurt/M. oder Stuttgart sind die Ordnungsamtsmitarbeiter übrigens sogar mit Pistolen bewaffnet.